

ISOR aktuell

Informationsblatt der Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.

Nummer 6/94 * Infopreis 0,00 DM: Gegen Spenden kein Einspruch * Juni 1994

Ein neuer Erfolg

Am 27.5.1994 hat das Sozialgericht in Potsdam ein Verfahren zur Zahlungsbegrenzung von MfS-Renten auf 70 % der Durchschnittsrenten ausgesetzt. Das Gericht hat Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit dieser Zahlungsbegrenzung geäußert und - wie das Sozialgericht in Gotha - entschieden, mit einer Richtervorlage das Bundesverfassungsgericht zu einer Stellungnahme zur Verfassungsmäßigkeit zu veranlassen.

Der Vorstand

2. Deutscher Bundeskongreß von Verbänden:

ES IST AN DER ZEIT...

... mit entschieden-konstruktiver Opposition einer grundsätzlichen Änderung der Politik sozialen Rückhalt zu geben!

Keine Formalie, sondern eine klare Aufwertung: Einberufen hatte das Kuratorium einen 2. ost-deutschen Bundeskongreß von Verbänden; an der Tagung, die am 28. Mai im Berliner Filmtheater KOSMOS stattfand, nahmen nun auch Vertreter aus den Altbundesländern und von Ausländervereinigungen teil und kamen zu Wort. Völlig logisch, daß die Veranstalter auf die Vorsilbe "ost" verzichteten. In der Tat keine Formalie, sondern Ausdruck einer auf dem Kongreß ebenso häufig wie nachdrücklich ausgesprochenen Erkenntnis: Das Unrecht mit seinen vielen Namen wie Sozialabbau, Ausgrenzung, Diskriminierung, Rentenstrafrecht, Berufsverbot reduziert sich nicht allein auf die Probleme in den neuen Bundesländern. Es trägt gesamtdeutschen und international übergreifenden Charakter. Folgerichtig mündeten alle von den Rednern vorgetragenen Anliegen in die Forderung, im Kampf gegen alle Formen des Unrechts enger zusammenzurücken und alles Trennende zurückzustellen, gezielter zusammenzuwirken und solidarisch zu handeln.

Der Kongreß, eröffnet durch den Kuratoriumspräsidenten Dr. Peter-Michael Diestel, vereinte 312 Delegierte und 50 Gäste. Sie vertraten 74 Verbände und Vereinigungen mit weit über 700.000 Mitgliedern (darunter ISOR mit ihren annähernd 19.000 Mitgliedern). Beinahe eine dreiviertel

Million Aktiver, die für eine millionenweite Bürgeropposition steht.

Interessen unserer Mitglieder nachdrücklich vertreten

Eingeleitet wurde der Kongreß mit faktenreichen Kurzvorträgen zu speziellen Themen (Sozialabbau, Eigentum, Renten, Mieten, Menschenrechte) und durch eine thematisch vielfältige Aussprache fortgesetzt. Vorrangig bezogen sich die Redner in ihren Ausführungen auf die "Prüfsteine zu den Wahlen 1994", in denen die Verbände und Vereinigungen eindeutig ihre Fragen und Forderungen festgelegt haben. Kandidaten der Kommunalparlamente, der Landtage, des Bundestages und des Europaparlaments werden darauf achten müssen, daß diese Prüfsteine für sie nicht zu Stolpersteinen werden.

Wissenswert für ISOR-Mitglieder: Die Wahlprüfsteine aller Verbände und Vereinigungen machen Front gegen politische und soziale Ausgrenzung und gegen das Rentenstrafrecht! Die ISOR-Forderungen sind in den "Wahlprüfsteinen 1994 zur Senioren- und Rentenpolitik" der Organisationen und Verbände der Rentnerinitiative in vollem Inhalt wiedergegeben. Unsere Stimme bei den Wahlen verdient nur der Kandidat, der diese Forderungen akzeptiert und vertritt!

Für ISOR sprach auf dem Kongreß Prof. Dr. Wolfgang Edelmann. Er gab

einen sachlichen, optimistisch stimmenden Bericht über die Ergebnisse der ISOR-Anstrengungen. So führte er u. a. aus:

"Der friedliche Weg in die Einheit wurde auch von denen ermöglicht, die mit den Waffen in der Hand keinen Widerstand leisteten, sondern diese diszipliniert auslieferten und nach Hause gingen.

Die Sieger 'belohnen' sie mit Diskriminierung, sozialer Ausgrenzung und Rentenstrafrecht. Tiefe Enttäuschung erfaßte die Betroffenen, Zorn kommt auf. Was hat also die Spaltung in den Köpfen fort dauern lassen und sie vertieft?

Schon früh wurde klar: Der Kampf gegen Rentenstrafrecht ist für viele nackter Existenzkampf. Aber er ist auch Verteidigung menschlicher Würde.

Zur Würde gehört, Lebensideale nicht achtlos beiseite zu werfen, standhaft, beharrlich und bedacht zu handeln.

Was haben die inzwischen fast 19.000 in ISOR Vereinigten bedacht, als sie sich zusammenschlossen?

Gegen die Übermacht der Sieger hilft eigene Solidarität, organisiertes und diszipliniertes Handeln.

Von der Politik verfolgt, den Behörden ausgeliefert, bleibt der Versuch, eigene Teilhabe an Grund- und Men-

schenrechten auf dem Rechtsweg einzufordern.

Dieser Staat bezeichnet sich in seiner Verfassung als demokratischer und sozialer Rechtsstaat. Nehmen wir ihn beim Wort. Nutzen wir unbeirrt real gebotene Möglichkeiten, die ihn letztlich zwingen, Wort zu halten.

Wir werden unseren Lebensabend in dem Deutschland verbringen, wie es jetzt ist. Wir wollen eine menschenwürdige Rente und deshalb die Abschaffung des Rentenstrafrechts erleben.

Wir nehmen das Recht und die Gerichte so, wie sie jetzt sind.

Wenn wir so solidarisch und konsequent überlegt handeln, werden wir auch dazu beitragen, daß dieses Deutschland besser wird.

Dies stand am Anfang unseres Weges und begleitet uns unbeirrt. Wir wußten, der Weg würde schwer und lang sein. Dazu haben wir eine zentrale Prozeßführung aufgebaut, die jetzt mehr als 6.000 Verfahren führt. Sie wird getragen von der Solidarität und unermüdlischen Aktivität einer breiten Basis.

Zur Zeit steht der Vorlagebeschluß von Kassel im Mittelpunkt dieser Ergebnisse. Er erkennt an, daß die Deutschen, welche Bürger der DDR waren, nicht grundrechtlos in die deutsche Einheit gegangen sind. Prof. Azzola geht dazu vom Verfassungsgrundsatzgesetz der DDR aus. Das BSG stützt sich auf den alten Alleinvertretungsanspruch. So treffen sich Pro und Kontra aus der Zeit der Zweistaatlichkeit, nachdem es diese nicht mehr gibt. Beide Standpunkte drücken die Bindung des Rechtsstaates an die Grundrechte aus. Das BSG hat auch seine Positionen zum Vorwurf der Staats- und Systemnähe, zur Verfassungswidrigkeit einer politisch motivierten Vergeltung folgenden Gesetzgebung und zur Frage des Wertes oder Unwertes von Lebensarbeitsleistungen geöffnet. Es hat sich für die Wahrung der politisch-moralischen Wertneutralität im Rentenrecht ausgesprochen. Welche Position es schließlich einnehmen wird, werden wir in den Revisionsverfahren erfahren, die wir jetzt nach Kassel bringen.

In einer Situation der politischen und sozialen Ausgrenzung haben wir die wachsende Kraft unserer Organisation auf dem Rechtsweg demonstriert. Die politische Wirkung ist nicht

ausgeblieben. Zuerst mußten uns die Gerichte in besonderer Weise beachten. Inzwischen haben alle Länderparlamente im Osten die Änderung des RÜG angemahnt. Dafür waren die Initiativen der parlamentarischen Vertretungen der PDS/LL der Motor. Auch die Parteien im Bundestag mußten sich vor der Wahl positionieren. Der Widerstand der Betroffenen beginnt Wirkung zu zeigen. Wir glauben, dazu beigetragen zu haben."

Zitat des Monats:

Geduld ist bitter -
aber sie trägt süße Früchte
Jean-Jaques Rousseau

Der folgende Redner, Dr. Günter Wollert vom Bundeswehrverband, unterstützte ausdrücklich diese Darlegungen. Belegt mit zahlreichen treffenden Beispielen erklärte er, daß dem Umgang mit den Soldaten aus dem Osten nach wie vor der politische Wille und die Fähigkeit zur inneren Einheit fehle. Nachdrücklich wandte er sich gegen das Rentenstrafrecht und verwies in diesem Zusammenhang auf das vom Bundeswehrverband vorgelegte "Schwarzbuch der Versorgungsungerechtigkeiten", das sein Verband zugleich als Wahlprüfstein handhabe.

Korrektur politischer Fehlentscheidungen gefordert

Mit großer Zustimmung der Teilnehmer nahm der 2. deutsche Bundeskongreß von Verbänden die Erklärung "ES IST AN DER ZEIT" sowie eine Erklärung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde "Gegen politische Strafverfolgung und Diskriminierung" an.

Die Dokumente gehen davon aus, daß die Einigungspolitik der Bundesregierung und der etablierten Parteien völlig verfehlt ist und daß ihre Ergebnisse nicht nur für den Osten Deutschlands katastrophal sind. Aufgerufen wird zu einer entschiedenen und konstruktiven Opposition, zu allen Formen friedlichen parlamentarischen und außerparlamentarischen Widerstandes, zur gemeinsamen Mitwirkung an Anhörungen und Gesetzesentwürfen auf allen Ebenen.

Ausdrücklich unterstützt wird der Gedanke einer "Ostdeutschen Kammer", die ein Vetorecht gegen die eklatante Verletzung ostdeutscher Interessen haben muß.

Und danach:

PROTEST AUF DEM ALEX

Im Anschluß an den Kongreß trafen sich tausende Teilnehmer, Mitstreiter und Sympathisanten zur Protestkundgebung gegen Sozialabbau, gegen Ausgrenzung und für Gleichberechtigung aller Bürger auf dem Berliner Alexanderplatz.

Zu den Versammelten sprachen u. a. Prof. Heinrich Fink, Prof. Lothar Bisky, Dr. Beleitis, Dr. Gaby Krumnow sowie die ISOR-Vorsitzende Astrid Karger.

Sie führte aus:

"Ich möchte Ihnen die Grüße von mehr als 18.000 Mitgliedern der Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR - kurz ISOR - überbringen. In der ISOR haben sich Menschen zusammengefunden, die massenhaft aus dem gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt werden.

Heute stehen sie nun auf der Kundgebung mit dem Willen, die allseits verkündete Rechtsstaatlichkeit einzufordern. Sie sind auch an die Bundesrepublik angeschlossen worden, die sich demokratischer und sozialer Rechtsstaat nennt. Sie erleben Ausgrenzung - Vergeltung. Wodurch werden Sieger berechtigt, ihre Wahrheit über den 41-jährigen Verlauf deutscher Geschichte aus der Siegerpose zu verkünden. Soll damit die Integration in eine neue Gesellschaft ermöglicht werden? Auch die ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR haben das Recht, eine Rente zu erhalten, die wertfrei von moralischen Urteilen sowie kennzeichnend für ihre Biografie, ihr gelebtes Leben ist. Sie haben das Recht auf Rente wie jedermann.

Es ist schon eine Diskriminierung an sich, daß ehemals Bedienstete der Nazi Herrschaft eine Pension beziehen, währenddessen diejenigen, die dazu beitrugen, daß das Wort Frieden in Europa nicht zur Worthülse verkommt, um ihr Recht ringen müssen. Es zeugt mehr davon, daß keinerlei Interesse an der objektiven Darstellung der Geschichte der Nachkriegszeit und an der Herstellung des inneren Friedens in diesem geeinten Land besteht.

Nicht zu akzeptieren sind die Reaktionen verschiedener Fraktionen im Bundestag, die trotz des Protestes vieler Organisationen und Vereine meinen, daß die Aufhebung der Strafrechtsbestimmungen im Rentenüberleitungsgesetz noch in dieser Legislaturperiode nicht möglich sei.

Wie lange soll die Verletzung von Grundrechten noch andauern?

Zeugt es nicht von Inkompetenz, daß Abgeordnete von einer Steigerung der Rentenzahlbeträge sprechen, ohne zu berücksichtigen, daß diese zur Deckung der schneller wachsenden Lebenshaltungskosten dienen müssen?

Wieviel Urteile müssen gefällt, wieviel Gutachten geschrieben, wieviel Gesprächsrunden zwischen Sozialministern und Ministern durchgeführt

werden, bis erkannt wird, daß Handlungsbedarf besteht?



ISOR-Vorsitzende Astrid Karger

Sieht die Bundesregierung erst dann Bedarf, wenn die Hoffnungslosigkeit der Betroffenen in die Ausweglosigkeit führt, wenn zunehmende Obdachlosigkeit zum Alltag wird?

In ISOR sind die Solidarität und der Wille vorhanden, für ein würdevolles Leben zu kämpfen, den Rechts- und Sozialstaat zu verwirklichen. Es wird noch ein harter, steiniger Weg zurückzulegen sein. Der Einzelne ist machtlos. Halten wir weiter zusammen und vergessen wir nicht - die Solidarität kann uns keiner nehmen!

Die am Bundeskongreß beteiligten Vereinigungen waren mit Informationsständen vertreten. Großes Interesse fand der ISOR-Stand, an dem die Sonderausgabe **ISOR aktuell** "Stellungnahmen zum RÜG" von Prof. Dr. Azzola angeboten wurde. ISOR dankt auf diesem Wege den Käufern und den zahlreichen Spendern.

Ein neuer Erfolg

An diese Überschrift könnte man sich gewöhnen. Immerhin berichtet ISOR aktuell nun zum dritten Mal in Folge über Fortschritte in unserem Kampf, die uns mit größerem Optimismus in die Zukunft sehen lassen.

An diesem Platz unseres Blättchens sind üblicherweise Spott, Ironie und Zorn zu Hause, aber die Urteile von Kassel, Gotha und nunmehr Potsdam erlauben uns, heute hier Gefühle der Freude zum Ausdruck kommen zu lassen. Ich will die Entscheidungen der Gerichte nicht kommentieren, aber sie sind nicht zuletzt Ergebnis unseres solidarischen Zusammenwirkens, das sich auch in den 6.000 Klagen von ISOR-Mitgliedern manifestiert.

Trotzdem, Euphorie lassen wir nicht aufkommen. Die Aussichten für einen endgültigen Erfolg unserer Sache haben sich verbessert, aber der Kampf ist noch nicht ausgestanden - wir betonen das immer wieder. Lassen wir uns vom Zitat des H. Sp.

Das Recht auf Sozialhilfe

Von Astrid Karger

Immer mehr ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung gleiten in die Armut und beziehen eine Rente, die bereits unter dem Sozialhilfesatz liegt. Solange unser Anliegen gegenüber Regierung und Parlament nicht durchgesetzt ist, sollte sich niemand scheuen, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen. Auch wenn das nicht mehr als gesetzlich verbriefte Almosen sind, die dann gewährt werden, wenn man die Voraussetzungen dazu erfüllt.

Die Sozialhilfe soll in Not geratenen Menschen helfen, ein menschenwürdiges Leben zu führen (§ 1 Abs. 2 BSHG). Das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) bildet seit seinem Inkraftsetzen am 01.06.1962 die dazugehörige Rechtsgrundlage. Es wurde in der Zwischenzeit mehrfach geändert, mehrere Rechtsverordnungen wurden dazu erlassen.

Sozialhilfe heißt in Armut zu leben, die Leistungen liegen unter 50% des

Durchschnittseinkommens eines BRD-Bürgers.

Grundsätzlich ist unwichtig, ob die Notlage selbst verursacht wurde oder nicht. Auf fast alle Leistungen besteht ein Rechtsanspruch, wobei man unterscheiden muß zwischen Leistungen, die eine Ermessenfrage darstellen (Hilfe in besonderen Lebenslagen) und Pflichtleistungen (Hilfe zum Lebensunterhalt), die zu zahlen sind, um drohendes Unheil abzuwenden (z.B. zur Verhinderung der Obdachlosigkeit).

Das Sozialamt hat nach § 8 BSHG die Pflicht "persönliche Hilfe" sowie "Beratung in Fragen der Sozialhilfe" sowie "sonstigen sozialen Angelegenheiten" zu leisten. Das bedeutet, daß das Sozialamt Sozialhilfeberechtigten gezielt und umfassend über ihre Rechte auf Sozialhilfeleistungen Auskunft geben muß und ihnen zur Erlangung und Wahrung der ihnen vom Gesetz zugeordneten Rechte und Vorteile

beistehen muß. Es besteht also ein Recht, vom Sachbearbeiter die Rechtsgrundlage für seine Entscheidungen zu erfragen. Auch muß er gegebenenfalls darauf hinweisen, was in einer speziellen Situation noch zu beantragen wäre.

Andererseits besteht nach §§ 60 ff SGB I eine Mitwirkungspflicht durch den Betroffenen. Das bedeutet, daß alle "leistungserheblichen Tatsachen" und deren Änderungen dem Sozialamt unaufgefordert mitzuteilen sind. Dazu gehören auch Angaben über die Einkommenssituation von Verwandten 1. Grades, die zu Leistungen herangezogen werden können. Mitwirkungspflicht kann auch heißen, daß auf Verlangen persönliches Erscheinen auf dem Amt erforderlich ist. Sie muß für den Betroffenen jedoch auch zumutbar sein und sie muß in einem angemessenen Verhältnis zu der in Anspruch genommenen Leistung stehen.

Fortsetzung folgt in Nr. 7/94

Neu auf dem Büchermarkt

Im GNN-Verlag erscheint im August ein Buch unseres ISOR-Mitgliedes Rudolf Nitsche unter dem Titel "Als Diplomat im besonderen Einsatz".

Der Autor wendet sich an Hand seiner persönlichen Biographie u. a. gegen Versuche, die Bevölkerung der DDR in Opfer und Täter einzuteilen. Vor allem aber ist es ein Beitrag zur Überwindung vorhandener Vorbehalte, pauschaler Ausgrenzung und zur Beseitigung des politischen Rentenstrafrechts. Ein Buch, das nicht nur für ISOR-Mitglieder lesenswert ist, weil es in einem Abspann Antworten auf 28 aktuelle Gegenwartsfragen gibt.

Im gleichen Verlag erscheint im 4. Quartal ein Buch des ISOR Mitglieds Josef Schwarz "Bis zum bitteren Ende". Der ehemalige Leiter der MfS-Bezirksverwaltung Erfurt gibt als Insider Einblicke in die Tätigkeit dieser Institution. Seine Absicht besteht darin, zur Versachlichung der Diskussion beizutragen. (Siehe Beilage zu dieser Ausgabe. Der Verlag bittet um Vorbestellungen bis zum 31.7.94 zum Subskriptionspreis)

Aus der Postmappe

In einer Zuschrift der TIG Altenburg/Schmölln heißt es u. a.: Künftig wollen die Mitglieder von GBM, BRH, ISOR und der Ältestenrat der PDS im Kreis Altenburg ihre Aktivitäten für soziale Gerechtigkeit koordinieren. Gemeinsam sollen Veranstaltungen organisiert und durchgeführt werden. Durch abgestimmtes Auftreten in der Öffentlichkeit soll der gemeinnützigen Arbeit dieser Verbände mehr Nachdruck verliehen werden. Zu diesem Zweck hat sich ein Arbeitskreis gebildet, in welchem je ein Vertreter der einzelnen Organisationen mitwirkt, um dort die Interessen der Mitglieder seines Verbandes wahrzunehmen. Die Eigenständigkeit der einzelnen Organisationen soll dabei unbedingt gewahrt bleiben. Durch das gemeinsame Auftreten soll vor allem einer Zersplitterung der Kräfte des Kreises im Ringen um soziale Gerechtigkeit und im Kampf gegen die Ausgrenzung sozial Schwacher entgegengewirkt werden. In lokalen Zeitschriften werden alle im Kreis vorhandenen Organisationen ähnlichen Charakters aufgerufen, sich dem Arbeitskreis anzuschließen und mitzuarbeiten.

Erhard Schneider

TIG in Kürze

Weitere TIG, z. T. auch einzelne ISOR-Mitglieder, haben sich mit Schreiben an Politiker bzw. parlamentarische Gremien gewandt. Unter dem Motto: "Gemeinsam sind wir unschlagbar - seid solidarisch!" sandte die TIG Frankfurt/Oder auch im Namen der dortigen Verbände des BRH und der GBM/Förderkreis Senioren einen Protestbrief an den Bundeskanzler, den SPD-Vorsitzenden und die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen. Darin wurden die Befragten aufgefordert, mitzuteilen, was sie persönlich bzw. ihre Parteien im Bundestag zu tun gedenken, um das Rentenstrafrecht zu beseitigen. Weiterhin ist für August eine gemeinsame Versammlung vorgesehen, zu der die Bundestagskandidaten der Region eingeladen werden sollen. Über alle Aktivitäten will die TIG in der örtlichen Presse berichten.

Der Vorstand der TIG Gera hat mit den TIG-Vorständen der Kreise des ehemaligen Bezirks Gera, mit denen vierteljährlich Erfahrungsaustausche stattfinden, vereinbart, eine Petition an das Europa-Parlament zu schicken. Der Text liegt bereits vor; z. Zt. läuft dazu eine Unterschriftensammlung in den Kreisen. Weitere Aktivitäten der Geraer TIG beziehen sich auf die Teilnahme an Erfahrungsaustauschen mit anderen Vereinen und Verbänden sowie auf Zusammenkünfte mit Landtagsabgeordneten. Mit dem Ziel, ISOR und mit ISOR das Gefühl der Zusammengehörigkeit weiter zu stärken sowie weitere Mitglieder zu gewinnen, hat sich der Vorstand mit entsprechenden Vorschlägen an die Mitglieder gewandt. Sie betreffen gesellige Veranstaltungen unter Teilnahme der Ehepartner über den Rahmen der obligatorischen Zusammenkünfte hinaus, wie Zusammentreffen mit Umtrunk und Tänzchen, Organisation von Wanderungen, Durchführung von Skatrunden. Weiterhin ist die Kontaktaufnahme zu "Ehemaligen", die noch nicht Mitglieder von ISOR sind, vorgesehen. Sie erfolgt mittels eines persönlichen Briefes des TIG-Vorsitzenden, der an Freunde und Bekannte von ISOR-Mitgliedern unter Beilegung eines Exemplars der Sonderausgabe von ISOR aktuell übersandt wird. Die bisherige Resonanz auf diese Vorschläge wird als außerordentlich gut eingeschätzt.

Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

Kurt König, Dresden

Hans-Joachim Kürschner, Dresden

Bruno Prominski, Berlin-Marzahn

Wolfgang Müller, Berlin-Hohenschönh.

die sich aktiv für die Stärkung unserer Gemeinschaft einsetzten.

TIG Dresden, Berlin-Marzahn und

Berlin-Hohenschönhausen

Der Vorstand teilt mit:

Am 04.06.1994 fand in Berlin die 3. Beiratssitzung der ISOR e.V. in der folgende Themen behandelt wurden:

- Entgegennahme des Geschäftsberichtes
- Fragen der weiteren Rechts- und Öffentlichkeitsarbeit
- Erste Gedanken zur Auswertung des 2. Deutschen Bundeskongresses von Verbänden
- Gedanken zu den Bedingungen des weiteren Kampfes um unsere sozialen Rechte

HERAUSGEBER:

Vorstand der Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.

Bankverbindung:

Berliner Sparkasse

Konto-Nr.: 171 302 0056

Bankleitzahl: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:

Siegfriedstraße 64

10365 Berlin

Telefon: (030) 5 59 32 92

Fax: (030) 5 59 34 27

Postanschrift: ISOR e.V.

Postfach 0423

10324 Berlin

Öffentliche Sprechstunden:

Mittwoch 9 bis 13 Uhr

Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Sprechstunde der Vorsitzenden:

jeden 4. Donnerstag im Monat

16 bis 19 Uhr

zum Rentenbescheid:

Dienstag 10 bis 12 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

"ISOR aktuell" dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.